

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 73 (1993)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Revitalisierung?

Die Gegner eines EWR-Beitritts der Schweiz fochten im Vorfeld der denkwürdigen Abstimmung vom 6. Dezember des vergangenen Jahres mit einer kühnen These: die «bescheidene» Selbstdiskriminierung, die sich im Falle einer Isolierung im aussenwirtschaftlichen Bereich aufbauen werde, lasse sich mit einer aus *eigenen Kräften* inszenierten *Revitalisierung* der Wirtschaft weitgehend überspielen. Revitalisierung steht für eine Wirtschaftspolitik, die expansionshemmende Verkrustungen der verschiedensten Art, an denen in der schweizerischen Wirtschaft kein Mangel herrscht, aufbricht und dieser damit gleichzeitig die dringend benötigten *konjunkturellen Impulse* verabreicht. Dies eingedenk der theoretisch begründbaren und empirisch erhärteten Erkenntnis, dass *wirksamer Wettbewerb* eine «optimale» Nutzung knapper Produktionsfaktoren begünstigt, also Verschwendung beseitigt, Entwicklung und Forschung auf der Unternehmensebene fördert sowie individuelle Handlungs- und Entscheidungsräume freisetzt, die bisher durch wettbewerbsbeschränkende Normen und Regulierungen verschüttet waren. Vor noch nicht allzulanger Zeit wurde diese wirtschaftspolitische Strategie unter dem Titel *Deregulierung* angeboten. Es liegen auch in der Schweiz verschiedene Expertengutachten vor, in denen diese Philosophie in *konkrete Massnahmenkataloge* verdichtet wurde. Passiert ist auf diesem Gebiet jedoch bisher *wenig bis nichts*. In andern Ländern dagegen sind beachtliche Deregulierungs-Fortschritte erzielt wor-

den. Nicht zuletzt kann der Binnenmarkt als ein globales Revitalisierungsprogramm der skizzierten Art verstanden werden.

Die Eurolex-Übung, die das Parlament in Bern mit Blick auf einen möglichen Beitritt zum Binnenmarkt im Herbst 1992 im Rahmen einer gemessen an helvetischen Gepflogenheiten *unüblich effizienten Par-force-Leistung* über die gesetzgeberische Bühne brachte, hatte unter dem Gewicht der «Jahrhundertabstimmung» zumindest einen Teil der geplanten Deregulierungsaktivitäten vorweggenommen. Der äussere Druck animierte die Parlamentarier zu einem gesetzgeberischen Sprint, zu dem sie aus eigenem Antrieb, mindestens bisher, nicht fähig gewesen waren. Die Kartellgesetzrevision unseligen Angedenkens etwa benötigte seinerzeit rund 15 Jahre – der gewaltige Aufwand an rhetorischem Hickhack gebar schliesslich ein Mäuslein, das die Handlungsmöglichkeiten der schweizerischen Wettbewerbsbehörde lediglich marginal verbesserte. Dieses Beispiel steht für zahlreiche andere Trauerspiele, die sich in Permanenz folgten. Es ist wohl kaum zu hoch gegriffen, wenn unter Beachtung der bisherigen Erfahrungen die These aufgestellt wird, dass der schweizerische Meinungsbildungsprozess bzw. das Gesetzgebungsverfahren kaum mehr in der Lage sind, das wirtschaftspolitische Ruder mit zugriffiger Tatkraft in Richtung auf Erneuerung der marktwirtschaftlichen Funktionsbedingungen herumzuwerfen. Das pointierte Wort von der «*ordnungspolitischen Verlude-*

«*rung*» der schweizerischen Wirtschaftsordnung machte Mitte der achtziger Jahre die Runde. Kürzlich hat die OECD der Schweiz diesen eher deplorablen Befund einmal mehr eindrücklich bestätigt. Die Musterknaben von einst waren derart in ihre Sonderfallrolle und in ihr wirtschaftspolitisches «Klein-Klein-Spiel» verliebt, dass ihnen das Sensorium für ordnungspolitische Imperative mehr und mehr abhanden kam. Die Gefahr eines Abstiegs in die B-Liga ist die Konsequenz.

Soll nun plötzlich alles anders werden? Bewirkt der Abstimmungsschock vom 6. Dezember 1992 eine «globale» Besinnung auf die Tugenden *marktwirtschaftlicher Handlungsweisen* (was mit Revitalisierung eigentlich gemeint ist)? Entpuppt sich das Schlagwort von der Revitalisierung als *Deus-ex-machina*, der Helvetien – oder Helvetistan? – aus dem Dilemma der Selbstisolierung führt? Zweifel, dass dem so sein könnte, schieben sich bei diesem Gedanken gebieterisch in den Vordergrund. Weshalb?

Schon die *ersten Erklärungen* von Parteien und Sozialpartnern unmittelbar nach dem Abstimmungsdebakel lassen mit einiger Deutlichkeit erkennen, dass sich an den bisherigen Positionen der einzelnen Gruppen, die in der Konzipierung der Wirtschaftspolitik das Sagen haben, *kaum etwas geändert* hat. Von einem Erneuerungswillen, der sich entschlossen den neuen Herausforderungen stellt, sind nicht einmal Spurenelemente zu entdecken. Die SP versteht unter Revitalisierung nach den Worten ihres Präsidenten in erster Linie ein «*ökologisch und sozialpolitisch abgefertetes*» *Beschäftigungsprogramm* orthodoxen Zuschnitts auf Bundesebene, obwohl genügend empirische Evidenz und praktische Erfahrung vorliegt, dass die-

ses «Instrument» ausser einer Erhöhung der Staatsschulden nichts zu bewirken vermag. Wäre es *das* konjunkturpolitische Allerheilmittel, als das es von jenen, die nichts gelernt haben, immer wieder angepriesen wird, so gäbe es in Europa oder in den USA längst *keine* Arbeitslosigkeit mehr. Auch aus der Nachkriegsgeschichte der Schweiz ist diese Erkenntnis abzulesen. Es handelt sich um konjunkturpolitischen Aktionismus ohne Wirkung, der allein der Beruhigung von Politikern dient, «etwas getan zu haben». *Keynes* ist schon seit einiger Zeit tot.

In die gleiche Kategorie von Revitalisierungs-Rösselsprüngen gehört der immer wieder an die Nationalbank herangetragene «Wunsch», es möchte ihr die Gnade widerfahren, durch eine *grosszügige Geldmengenpolitik*, die natürlich die *Inflation* von neuem anheizen müsste, die wirtschaftliche Entwicklung wieder in Fahrt zu bringen. Auch in diesem Falle belegen einschlägige Untersuchungen die Erfahrung, dass es keinen Zusammenhang, keine positive Korrelation zwischen Inflation und realem wirtschaftlichem Wachstum gibt, und zwar weder bei steigenden noch bei sinkenden Inflationsraten; dagegen ist nicht allzuschwer nachzuweisen, dass Inflation das Wirtschaftspotential schädigt. Konjunkturpolitisch entscheidend ist das finanzpolitische Kunststück, die aus dem Gleichgewicht geratenen öffentlichen Haushalte nicht auf Kosten der Investitionsausgaben, sondern primär der Konsumausgaben wieder ins Lot zu bringen. Das hindert den eidgenössischen Finanzminister allerdings nicht, auf dem Teuerungsausgleich der Bundesbeamten zu beharren, weil sonst «Kaufkraft vernichtet» werde – (von den negativen Konsequenzen steigender Kosten zufolge der sich in die Höhe

schraubenden Löhne und Lohnnebenkosten hat er nichts gesagt). Auch dies ein offenbar unausrottbares Ammenmärchen: wird der Teuerungsausgleich bei Beamten nämlich über Steuern finanziert, so handelt es sich lediglich um einen *Einkommenstransfer* vom Steuerzahler, der *nota bene* möglicherweise keinen oder keinen vollen Teuerungsausgleich bekommt, zu den Bundesbeamten; werden sie aber – noch schlimmer – über den Kapitalmarkt, also über eine Erhöhung der Schulden finanziert, so würden die Beamten heute auf Kosten der Generation von morgen leben. Ein weiteres Kabinettstück aus der Skurrilitätensammlung der eidgenössischen Wirtschaftspolitik: der helvetische Säckelmeister erhöht, weil er unter Stress steht, schnurstracks den Eigenmietwert, behindert also den Bausektor, während das Parlament gleichzeitig erkleckliche Subventionen für die Stützung des Wohnungsbaues bewilligt. Solche Widersprüche haben nichts mit Revitalisierung zu tun, sondern sind das Resultat einer *inkohärenten Wirtschaftspolitik* bzw. das Eingeständnis von Konfusion. Allgemein: Steuererhöhungen passen in keiner Weise in ein Revitalisierungsprogramm; gefragt sind *echte Sparanstrengungen* in den öffentlichen Haushalten, weil steigende Konsumausgaben des Staates das wirtschaftliche Wachstum behindern. Es braucht keine allzu grosse Phantasie, um vorauszusagen, dass das unschöne Ringen um einen ausgeglicheneren Bundeshaushalt auch nach dem Isolationsentscheid munter weitergehen wird. Und das Gerangel auf Kantonsebene wird dem Schauspiel auf Bundesebene in nichts nachstehen. Ein Schulterchluss jener Gruppen, die bisher ihre Sonderzüge gefahren sind, ist weit und breit nicht in Sicht.

Gefragt ist weiter ein Vorgehen, das sowohl in der *Lohn- wie in der Sozialpolitik* im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen bzw. der Verbesserung der Wettbewerbskraft mindestens vorübergehend auf *Andante* eingestellt wird. Diese Forderung richtet sich primär an die *Gewerkschaften*. Aber auch sie sind unmittelbar nach dem 6. Dezember sofort wieder vom Starrkrampf der alten Verteilungskampfmentalität befallen worden. Die Einsicht, dass in der gegenwärtigen Situation nur eine *ursachengerechte Wirtschaftspolitik* weiterhelfen kann, hat das praktische Handeln noch nicht erfasst.

Kommt letztlich dazu, dass auch die Gegner eines EWR-Beitritts, wie sich nun zu niemandes Erstaunen herausstellt, *keine überzeugende Alternative* anzubieten haben. Ihre Offerte enthält nichts als Ladenhüter. Die Selbstdemaskierung hätte kaum deutlicher ausfallen können.

Angesichts dieser Tatsache können nur realitätsferne Optimisten hoffen, dass es gelingen wird, in relativ kurzer Zeit jene Deregulierung und Revitalisierung durchzuführen, die im Bausektor, auf dem Arbeitsmarkt, im Kartellrecht und im öffentlichen Auftragswesen notwendig wären. Wahrscheinlicher ist eine Fortsetzung der praktischen Wirtschaftspolitik nach dem bisherigen Muster des *Durchwurstelns*, das mit hohen sozialen Kosten verbunden ist. Damit wird wohl die Euphorie und Rhetorik der Revitalisierung einmal mehr in den Niederungen der Praxis verkommen. Die Schweiz auf dem Weg der Destabilisierung? Auszuschliessen ist diese Variante keineswegs.

Willy Linder

Gewissensforschung

1992 wird in die Schweizer Annalen eingehen als Jahr tiefgreifender *aussenpolitischer Entscheidungen*. Vielleicht wird man dereinst Zusammenhänge entdecken mit der Selbstbespiegelung im vorangegangenen Jubiläumsjahr, die uns heute noch wenig bewusst sind. Jedenfalls lassen sich sowohl für die Forderung nach Öffnung wie für jene nach Selbstvergewisserung Belege finden. Der Souverän hat – eher überraschend – dem Beitritt zum Internationalen Währungsfonds wie – mit stärkerer Anteilnahme – der grosszügigen Offerte des Transitlandes Schweiz zum Ausbau der NEAT zugestimmt. Zuletzt aber hat er sich dem Projekt eines Europäischen Wirtschaftsraumes verweigert und damit zumindest einige Partnerstaaten vor den Kopf gestossen.

Noch nie hat eine Volksabstimmung sowohl innerhalb wie ausserhalb der Schweiz so viele Wellen geworfen wie der Urnengang vom 6. Dezember. Es ist seither wohl alles gesagt worden, was aus dem Moment heraus gesagt werden konnte. Was die *tatsächlichen Auswirkungen* sowohl auf der europäischen wie auf der innerschweizerischen Ebene betrifft, wird man jedoch erst in einigen Monaten klarer sehen. Es ist nicht auszuschliessen, dass der Schweizer Entschluss ebenso wie das dänische Nein zu Maastricht im europäischen Integrationsprozess nicht einfach ein isolierbares Ereignis war, sondern auch einen Impuls in einer dynamischen Entwicklung darstellt. Auf der *psychologischen Ebene* wird die Schweiz aber zweifellos einiges unternehmen müssen, um das Bild eines egoistischen Störefrieds zu korrigieren. Imageprobleme könnten wie bei einem grossen Unternehmen im

internationalen wirtschaftspolitischen Konkurrenzkampf teuer zu stehen kommen.

Vordringlich aber erscheint aus innenpolitischer Sicht eine *Gewissensforschung* bezüglich der krassen Divergenzen und der Begleiterscheinungen der Meinungsbildung im Rahmen der gegebenen und bewährten demokratischen Strukturen. Selbst wenn man – vielleicht widerwillig – davon ausgeht, dass die rationalen Argumente und die emotionalen Hoffnungen und Befürchtungen in guten Treuen so oder anders gewichtet werden konnten, so steht man doch einigermaßen konsterniert vor den Gräben, die in den Resultaten sichtbar wurden. Geradezu deprimierend wirkt der Befund ernstzunehmender Meinungsforscher, dass die Meinungsverschiedenheiten sich nach einigen wenigen Grundmustern fast gesetzmässig ordnen lassen: für jedermann offensichtlich nach der Zugehörigkeit zu den Sprachgruppen, aber ebenfalls signifikant nach den Anteilen von städtischer und ländlicher Bevölkerung und nach der Arbeitslosenquote. Man könnte daraus schliessen und dies allenfalls positiv werten, dass die Beeinflussbarkeit von Meinungen durch eine – auf beiden Seiten – millionenschwere Abstimmungspropaganda doch ihre Grenzen an tiefer verwurzelten Grundhaltungen findet. Aber man kann daran auch ablesen, dass mit sachlicher Information und Aufklärung traditionelle Vorurteile und archetypische Stimmungen nicht so leicht überwunden werden können.

Die *Kluft* zwischen dem sogenannten politischen Establishment – darunter vielen Volksvertretern, die um ihre Stellungnahme hart gerungen haben – und

ihrer Basis darf im Blick auf die historischen Erfahrungen mit dem Vetocharakter unserer direkten Demokratie zwar nicht dramatisiert werden. Es ist dennoch schmerzlich, wenn Regierung und Parlament trotz starker Unterstützung von Verbänden und Medien in einer derart wichtigen und komplexen Frage in ihrer mit Nachdruck beanspruchten *Führungsfunktion* derart *desavouiert* werden. Sie werden sich fragen müssen, ob sie mit der informativen und argumentativen Vorbereitung des Entscheides nicht zu spät und zu zögerlich angefangen und ihr Engagement erst dann richtig zum Tragen gebracht haben, als der eigentliche Abstimmungskampf, der sich nach eigenen Gesetzen und vorwiegend auf der emotionalen Ebene abspielt, bereits in vollem Gange war. Vielleicht hat man sich auch tatsächlich *zu wenig Zeit* nehmen können,

um vorab bei deutschschweizerischen Bürgerinnen und Bürgern lange eingeübte Reaktionsweisen aufzubrechen und einer unvoreingenommenen Lagebeurteilung zugänglich zu machen.

Ob der Entscheid des Souveräns – so knapp und gegensätzlich er ausgefallen ist – letztlich «richtig» oder «falsch» war, wird sich erst mit der Zeit herausstellen. Dass er mit einer aussergewöhnlichen Stimmbeteiligung gefällt wurde, bedeutet jedoch auch, dass das Schweizervolk auf eindruckliche Weise die *Verantwortung* für all das zu tragen bereit ist, was es sich mit dem unbequemen Votum aufgeladen hat. Darin steckt eine nicht zu unterschätzende Kraft, nicht nur dem «Ausland», sondern auch sich selbst zu beweisen, dass nicht in erster Linie der Entscheid, sondern *das Handeln danach* die Zukunft prägt.

Ulrich Pfister

Brücken statt Mauern

Zwischen Durchlässigkeit und Schutz

Im Jahr 1993 wird die Europäische Gemeinschaft die innern Grenzen öffnen und damit den wesentlichen Schritt zum gemeinsamen Binnenmarkt vollziehen. Nach dem Fall der Berliner Mauer fallen nun auch die «wirtschaftlichen Mauern» der Zollschraken. Mauern als Grenzen haben immer etwas Willkürliches, und Grenzen sind auch dort ein Produkt der Kultur (oder auch der Unkultur), wo sie sich an topographische Gegebenheiten anlehnen oder das Resultat historischer Machtkämpfe markieren. Wenn Mauern fallen und

Brücken entstehen, bedeutet dies in erster Linie eine Verbesserung der Kommunikation und einen Fortschritt der menschlichen Kultur.

Grenzen sind aber nicht immer nur trennende Mauern, sie sind auch Elemente der Gestaltung, des Austauschs, der Aktion und Reaktion und der Entwicklung – alles Merkmale des biologischen Lebens. Ihre Funktion liegt – nicht nur in der Biologie – gerade darin, dass sie als «semipermeable Membranen» lebenswichtige Austauschprozesse ermöglichen. Ohne differenzierte Span-

nungszustände zwischen teilweise abgegrenzten Einheiten hört der biologische Lebensprozess auf.

Man sollte die Analogien zwischen Natur und Kultur nicht strapazieren, aber auch nicht unterschätzen. Es gibt auch im politischen und wirtschaftlichen Leben so etwas wie eine Dialektik von Ausgrenzung und Eingrenzung, und häufig führt die Überwindung der internen Grenzen zur Verstärkung der äusseren.

Die Schweiz hat sich durch ihr Nein selber – wenigstens formell – aus dem Europäischen Wirtschaftsraum ausgegrenzt, und vielleicht erwächst ihr daraus die Aufgabe, an die Bedeutung der Durchlässigkeit äusserer Grenzen dieses Raumes zu erinnern – nicht nur im eigenen Interesse...

Es darf nicht in dem Sinn zu einem «Binnenmarkt-Egoismus» kommen, dass der europäische Osten, die Entwicklungsländer im Süden, die traditionellen Bündnispartner in Amerika und die globalen Wirtschaftspartner im Fernen Osten zum Ziel einer diskriminierenden EG-Handelspolitik werden, welche der Idee des offenen Welthandels widerspricht. Die Öffnung nach innen darf nicht um den Preis von neuen, gegen aussen gerichteten Diskriminierungsgrenzen führen.

Die Schweiz kennt das Problem der Aus- und Eingrenzung, der Distinktion und Integration seit ihrem Entstehen. Der mythische Rütlichschwur ist eine gemeinschaftliche Abgrenzung gegen fremde Macht, und die Öffnung des Gotthardpasses durch den Bau der Teufelsbrücke ist eine kommunikative und integrative Leistung. Die beiden Ereignisse sind wohl nicht zufällig zeitlich miteinander verknüpft. *Karl W. Deutsch*, der im letzten Jahr verstorbene bedeutende Politologe – übrigens ein beson-

derer Connaisseur unserer Geschichte –, hat die für Europa entscheidende Bedeutung der Öffnung des Gotthardpasses im 13. Jahrhundert mit der Entdeckung Amerikas im 15. Jahrhundert verglichen. Seine 1976 verfasste kleine Schrift «*Die Schweiz als paradigmatischer Fall politischer Integration*»¹ ist gerade heute wieder lesenswert, weil sie kein Zeugnis blinder Liebe zum «Sonderfall» ist, sondern auch auf die Gefahren des Konservatismus hinweist. Der Titel muss zwar vom politologisch unbelasteten Leser zuerst entschlüsselt werden, aber er wurde wohl mit Vorbedacht fachterminologisch verfremdet. Karl W. Deutsch sieht ein Hauptproblem darin, dass es in einer Gemeinschaft nicht einfach ist, den notwendigen Wandel mit der Bewahrung der eigenen Identität zu versöhnen. Er wünschte der Schweiz schon vor fast zwanzig Jahren eine eigenständige «*zweite Aufklärungs- und Reformbewegung*» und warnt zugleich davor, sich an ein «*Europa der Kartelle und der Grossbanken*» anzugliedern. Dies wäre – nach Deutsch – die Wiederholung des Fehlers, den die schweizerische Elite im 17. Jahrhundert beging, als sie sich an die europäischen Feudalfürsten anpasste. Dies habe zu einer «*Erstarrung in patrizischen Formen*» geführt, und diese «*Erstarrung in verfehlter Angleichung*» konnte nur durch den Einmarsch der französischen Revolutionstruppen und um den Preis der Unabhängigkeit wieder gelöst werden. Eine neue politische Integration erfolgte später in den wichtigen Phasen, die wir als «*Mediation*», «*Restauration*» und «*Regeneration*» bezeichnen, und in denen in optimaler Ausnutzung der ausserpolitischen Konstellationen die Unabhängigkeit wiedererlangt wurde.

Politische Integration kann aus der Defensive heraus erfolgen oder aus der

Offensive, und es ist eine altbekannte Erscheinung, dass gesteigerte Abgrenzung gegen aussen ein Mittel ist, die Einheit im Innern zu festigen. Wie aber, wenn es – wie gegenwärtig in der Schweiz – gerade das Problem von Anpassung und Widerstand gegen aussen ist, welche die Grenze im Innern verschärft? Grenzen können als «frontières» militärisch aggressiv gedeutet werden. Für einen Brückenschlag eignet sich die italienische Bezeichnung «confine» besser: gemeinsames Ende und gemeinsamer Anfang. Möglicherweise liegt im schmerzhaften Bewusstwerden der Grenze am «Röschigraben» auch eine Chance, eine Gelegenheit, Mauern durch Brücken zu ersetzen.

Die deutsche Bezeichnung «Grenze» ist ein Lehnwort aus dem Polnischen. Es ist vielleicht kein Zufall, dass ausgerechnet dieses Land, das im Laufe seiner Geschichte so viele und blutige Grenzkonflikte, Grenzverschiebungen und Teilungen durchmachen musste, der deutschen Sprache die Bezeichnung «granica» inkorporiert hat. Die Vergangenheit und Gegenwart Polens enthält nicht nur Zeugnisse des destruktiven Wahns der Grenzziehung, sondern auch Hinweise auf Möglichkeiten des konstruktiven Umgangs mit Grenzen. Eine

sehr lesenswerte und schöne Publikation zu Polen und zur Geschichte seiner Westgrenze im Gebiet von Pommern liegt aus der Feder von *Christian Graf von Krockow* vor². Der Autor stammt selber aus diesem Grenzgebiet, und er lässt es zum Symbol werden für die menschliche Konstanz im Wandel der politischen Zugehörigkeiten. Eine der zahlreichen Weisheiten, die in der kleinen Schrift verborgen sind, lässt sich sowohl auf innere und äussere Grenzen anwenden und eignet sich daher als Leitmotiv beim Jahreswechsel:

«Grenzen verhärten und verschliessen sich, wenn man sie antastet. Sie können zu Brücken werden, wenn man sie anerkennt. Das ist die alte und immer neue, unter allen Vorzeichen wiederkehrende Erfahrung, die im schlechthin Menschlichen wurzelt: Unsicherheit weckt Angst und macht aggressiv; innere und äussere Sicherheit dagegen ermöglicht Offenheit und Austausch.»

Robert Nef

¹ Karl W. Deutsch, Die Schweiz als paradigmatischer Fall politischer Integration, Bern, 1976. – ² Christian Graf von Krockow, Krokowa oder die Wiederkehr der Geschichte, Schriftenreihe der Vontobel Holding, Zürich, 1991, Eigenverlag.

«Wir Schweizer brauchen uns vieler Besonderheiten nicht zu schämen. Wir sollten vielmehr den Mut haben, dazu zu stehen, und unsere Kräfte darauf zu konzentrieren, die <schweizerische Kleinwelt>, unser eigenes Haus, so zu erneuern, dass es wieder zum Vorbild wird. Mut zur schweizerischen Kleinwelt bedeutet auch keinen <Alleingang>. Wir bleiben so oder so weltoffen sowie solidarisch mit der Völkergemeinschaft im weitesten Sinn, und leisten uns selber, aber auch Europa und der Welt, damit den besten Dienst.»

Hans Letsch, Soziale Marktwirtschaft als Chance,
Die Schweiz auf dem Prüfstand, Aarau 1992, S. 234